

Rede LWL-Direktor Matthias Löb anl. der Einweihung des Lengericher Gedenkpfades zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes am 21.09.2017 in der LWL-Klinik Lengerich

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Möhrke,
sehr geehrte Frau Stellbrink-Kesy (Angehörige einer ermordeten Patientin),
Sehr geehrter Herr Prof. Schneider (ehemaliger Vorsitzender der DGPPN),
sehr geehrte Betriebsleitung
meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Namen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe begrüße ich Sie zur Einweihung des Lengericher Gedenkpfades hier an der LWL-Klinik, mit dem wir an die in der NS-Zeit ermordeten Psychiatrie-Patientinnen und –Patienten hier aus unserer Klinik Lengerich erinnern wollen.

Erlauben Sie mir, einige wenige Personen besonders zu begrüßen:

Begrüßen Sie mit mir den ersten Bürger der Stadt, Herrn Bürgermeister Wilhelm Möhrke. Herr Möhrke, schön, dass Sie mit Ihrer Anwesenheit die Wichtigkeit des Gedenkens hier am Standort Lengerich unterstreichen!

Eine ganz besondere Freude ist es für mich, Sie, Frau Stellbrink-Kesy heute hier in Lengerich begrüßen zu dürfen. Mit der Freude, Sie willkommen zu heißen, mischt sich bei mir allerdings – das möchte ich Ihnen gegen-

über bekennen – die Scham über das, was Menschen in dieser Einrichtung angetan wurde. Die Verbrechen, die von den Provinzial-Heilanstalten an Ihrer Großtante Irmgard Heiss und an vielen anderen Patienten begangen wurden, sind nicht wiedergutzumachen. Frau Stellbrink-Kesy: Haben Sie vielen Dank, dass Sie gekommen sind und auch gleich zu uns sprechen werden!

Außerdem heiße ich Herrn Prof. Frank Schneider, den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) willkommen. Sie, Herr Prof. Schneider, haben maßgeblich dafür gesorgt, dass sich die DGPPN dem Gedenken und der Verantwortung für die "Psychiatrie im Nationalsozialismus" stellt und die damalige Rolle der Psychiater kritisch aufgearbeitet hat. Ich freue mich, dass Sie heute mit einem Fachbeitrag zu der Veranstaltung beitragen.

Meine Damen und Herren,
für die Einweihung dieses Ortes des Gedenkens haben wir ganz bewusst das heutige Datum, den 21.09.2017, gewählt. Denn genau heute vor 77 Jahren sind die ersten 7 Patienten jüdischen Glaubens aus Lengerich deportiert worden. Nach heutiger Erkenntnis sind aus der damaligen Heilanstalt Lengerich in den Jahren 1940 und 1941 insgesamt 440 psychisch kranke und geistig behinderte Menschen dem Morden des NS-Regimes im Geiste der Rassenideologie zum Opfer gefallen. Das war mehr als ein Drittel der gesamten Patienten in der damaligen Lengericher Klinik. Ein

Großteil wurde in den Gaskammern zentraler Tötungsanstalten ermordet oder starb durch Überdosen an Medikamenten, an Hunger, Kälte oder den katastrophalen hygienischen Verhältnissen in den Durchgangs- und Ziellanstalten.

„Morden im Kontext von Heilanstalten“: Was für ein Widerspruch, meine Damen und Herren! Diejenigen, die dazu berufen waren, Menschen zu helfen, wirkten dabei mit, dass ihnen Leid zugefügt wurde. Diejenigen, die einen Eid darauf geschworen hatten, Leben zu retten, halfen dabei, als unwert gebrandmarktes Leben zu vernichten. Das zeigt, wie perfide und unmenschlich die NS-Ideologie gegenüber behinderten und kranken Menschen war.

Der Provinzialverband Westfalen und die Westf. Heilanstalten, beides Vorgänger des LWL und der heutigen LWL-Kliniken, haben sich damals an diesen Unrechtstaten beteiligt, für die wir heute kaum noch Worte finden.

Meine Damen und Herren, viele Verantwortliche haben damals an den Verbrechen als Überzeugungstäter mitgewirkt. An der Spitze der damalige Landeshauptmann des Provinzialverbandes Kolbow und in den Heilanstalten viele Anstaltsärzte, Verwaltungsbeamte bis hin zu Pflegekräften auf den Stationen.

Lassen Sie mich einen kurzen geschichtlichen Bogen schlagen, um zu verdeutlichen, wie stark damals der Westfälische Provinzialverband nach der Machtergreifung Hitlers nationalsozialistisch gleichgeschaltet wurde. Die Beseitigung der demokratischen Gremien im Verband erfolgte damals schrittweise. Zunächst ermöglichte es das im April 1933 verabschiedete Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, nicht erwünschte und jüdische Beamte aus dem Dienst zu entfernen, und trug somit dazu bei, dass die überwiegende Mehrheit der Direktoren der Provinzialanstalten bald der NSDAP angehörte.

Auch ohne dass hier in Lengerich einer der beiden Anstaltsdirektoren NSDAP-Mitglied war, sind die menschenverachtenden Vorgaben des Regimes in gleicher Weise umgesetzt worden wie an anderen Standorten. Die damaligen geistigen und politischen Haltungen hatten nämlich das gesamte Personal der Anstalt bereits voll erfasst: Alleine 9 von 12 Oberärzten hier in Lengerich besaßen ein Parteibuch der Nationalsozialisten.

Im Juli 1933 kam es zur Auflösung des demokratisch gewählten westfälischen Provinziallandtages. Die Kompetenzen der parlamentarischen Gremien wurden auf einen von den Nationalsozialisten eingesetzten Oberpräsidenten übertragen. Damit war die Gleichschaltung der staatlichen Organe erfolgt. Die staatlichen Strukturen konnten nun für die Umsetzung der nationalsozialistischen Ideologie angepasst werden.

Der Nationalsozialismus hatte die Rassenideologie zur Staatsdoktrin erhoben. Mit dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" setzten die Nationalsozialisten ihre rassenhygienischen Vorstellungen umgehend in konkrete Politik um. Das 1934 in Kraft getretene Gesetz erlaubte die Sterilisation von sogenannten "Erbkranken" ohne deren Einwilligung und sollte der "Volkshygiene" dienen.

Für die Umsetzung der Sterilisationsbeschlüsse ermächtigte das Innenministerium bestimmte Krankenanstalten. Und so wurden auch die Westfälischen Heilanstalten zu Rädern in der menschenverachtenden Maschinerie der Nazis. Die Heil- und Pflegeanstalt Lengerich gehörte dazu, wie auch das in der Stadt gelegene somatische Krankenhaus Bethania. Die eugenisch begründeten Sterilisationen machten auch vor blinden und tauben Menschen sowie Abhängigkeitserkrankten keinen Halt.

Mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges schließlich begann der systematische Massenmord an psychisch kranken und geistig behinderten Menschen. Grundlage war eine Vollmacht des „Führers“, ohne gesetzliche Basis und ausgesprochen auf Drängen von Psychiatern in einflussreichen parteipolitischen Positionen.

Der sogenannte Euthanasie-Erlass Hitlers vom 1. September 1939 gipfelt in der hinterhältigen und menschenverachtenden Aussage,

„die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“

Als erste Maßnahme zur geheimen Umsetzung des nationalsozialistischen Massenvernichtungsplans begann 1939 die "Kindereuthanasie". Der Tötung von Kindern folgte noch im gleichen Jahr der Auftakt für die Erwachseneneneuthanasie, die sogenannte T 4 Aktion, benannt nach dem Standort der Planungszentrale an der Tiergartenstraße 4 in Berlin.

Die Zuerkennung von medizinischen Leistungen und Zuwendungen richtete sich nach Heilungschancen und der körperlichen Leistungsfähigkeit. In der letzten Konsequenz dieses Denkens wurde den „gänzlich gemeinschafts- und arbeitsunfähigen“ Menschen ihre Lebensberechtigung abgesprochen und sie als "lebensunwert" eingestuft. Aus westfälischen Einrichtungen wurden 5.796 Patientinnen und Patienten deportiert. 2896 Menschen haben nachweislich Ihr Leben verloren, darunter mehr als 250 Kinder.

Für uns alle heute unbegreiflich, zeichnete sich die Nachkriegszeit teilweise durch große personelle Kontinuität aus. Viele Täter oder Mittäter waren also weiter in der Klinik tätig. Wirklich zur Verantwortung gezogen wurden nur wenige.

Erst Ende der 60er Jahre waren es reformwillige Mediziner, die die mangelnde Auseinandersetzung der Psychiatrie mit der nationalsozialistischen Vergangenheit kritisierten. Sie beklagten die anhaltend menschenunwürdigen Zustände in den Anstalten und entwickelten daraus Impulse für bahnbrechende Änderungen in der Psychiatrielandschaft der Bundesrepublik. Die öffentliche Debatte führte zur Einsetzung einer Sachverständigenkommission und mündete in die Psychiatrieenquete Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Der LWL hat sich seiner Verantwortung aus der Vergangenheit gestellt und die Umsetzung der Psychiatriereformen aktiv mitgestaltet. Seit Beginn der 1980er Jahre ist es zudem ein zentrales Anliegen des LWL, die Geschichte des Provinzialverbandes Westfalen in der Zeit des Nationalsozialismus durch wissenschaftliche Forschung aufzuklären, die Verstrickung in eine rassenideologisch geprägte Politik aufzuzeigen und so das Schicksal der Opfer des NS-Regimes in Erinnerung zu rufen.

Die in der NS-Zeit besonders beteiligten westfälischen Kliniken haben mit der systematischen Aufarbeitung dieses bedrückenden Kapitels der eigenen Geschichte ab 1980 begonnen. Sie haben eigene Initiativen ergriffen sowie Orte der Erinnerung und Mahnung geschaffen.

Hier in Lengerich wurde auf Initiative von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 1983 eine Gedenktafel im Eingangsbereich der Klinik angebracht. Diese Tafel erinnert bis heute alle Betrachter daran, dass Patientinnen

und Patienten der damaligen Provinzial-Heilanstalt Lengerich Opfer von Krankenmorden geworden waren. Während darauf von ca. 250 Patienten die Rede ist, musste die Zahl im Zuge der aktuellen Recherchen auf sogar 440 revidiert werden.

Aus der heutigen Sicht kam die Aufarbeitung – erst 35 Jahren nach dem Kriegsende – deutlich zu spät. Viele direkt Betroffene, Familienangehörige und Freunde haben diese Entwicklung nicht mehr mitbekommen können. Erst der damalige LWL-Direktor Wolfgang Schäfer hat im Jahr 2003 gegenüber den überlebenden Opfern und Betroffenen eine persönliche Entschuldigung ausgesprochen, als symbolische Anerkennung des von ihnen erlittenen Leides, als Anerkennung der Schuld der damals handelnden Personen und als Ausdruck der eigenen Verantwortung.

Ganz in diesem Sinne hat sich die LWL-Klinik Lengerich im Rahmen der Vorbereitung auf das 150jährige Bestehen der Klinik im Jahr 2014 erneut mit der Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte eingehend beschäftigt. Daraus wuchs die Erkenntnis, dass den Opfern der Morde und Deportationen in der Nazi-Zeit bislang keine ausreichende Würdigung zuteilwurde und es eines weitergehenden Gedenkens bedarf. Zur Umsetzung dieses Gedenkens hat die Betriebsleitung dann eine Projektgruppe initiiert. Das Ergebnis können wir heute präsentieren.

Mit den Stelen auf dem Gedenkpfad setzen wir ein sichtbares Zeichen gegen das Vergessen für Patienten, Besucher und Mitarbeiter, geben den

Opfern ihre Namen zurück und schaffen eine Verbindung zu ihnen. Und sie verdeutlichen jedem eindrucksvoll, welche Folgen das Wegbrechen ethischer Maßstäbe in der Psychiatrie haben und wie tief eine Gesellschaft in den Abgrund der Unmenschlichkeit fallen kann. Solche Gedenkstätten wie hier sind umso wichtiger, da wir in einer Zeit des Übergangs sind: von der lebendigen zu einer kulturell überlieferten Erinnerung. In einer Zeit also, in der es immer weniger noch lebende Zeitzeugen der NS-Zeit gibt, die von ihrer Geschichte erzählen können.

Ich freue mich, dass wir auch die Wanderausstellung der DGPPN "Erfasst, verfolgt vernichtet, Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus" hier im Festsaal der Klinik zeigen konnten. Die Ausstellung dokumentiert die ganze Dimension des grauenvollsten Kapitels der deutschen Psychiatriegeschichte: mit bis zu 400.000 zwangssterilisierten psychisch kranken und behinderten damaligen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und mehr als 200.000 ermordeten Menschen in Deutschland und in den besetzten Gebieten.

Abschließend ist es mir wichtig, Danke zu sagen:

Danken möchte ich den Mitgliedern der Projektgruppe der Klinik, stellvertretend für das Team den Projektleitern, Frau Brümmer-Hesters und Herrn Bögershausen für ihr Engagement.

Der Dank geht auch an das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, das wesentliche Beiträge zur wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser schwierigen und belastenden Thematik für Westfalen-Lippe und unsere Kliniken geleistet hat.

Mein ganz besonderer Dank gilt Herrn Mandir Tix, der die Gedanken und Ergebnisse der Projektgruppe visuell und künstlerisch umgesetzt und einen deutlich sichtbaren, würdevollen Ort der Erinnerung und Begegnung geschaffen hat.

Meine Damen und Herren,

ich schließe mit dem Wunsch, ja der sicheren Erwartung, dass die vorbildliche Aufarbeitung der Geschichte dieser Klinik, der würdige Ort des Erinnerns, der hier geschaffen wurde, vielen Generationen von Pflegerinnen und Therapeuten, Ärztinnen und Verwaltungsmitarbeitern eine stete Mahnung sein wird, die Würde der uns anvertrauten Patienten in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!